

## Wahldiskussionen.

ap. Obgleich der Tag der/noch fern ist, und daher/Wahlen  
auch manches noch ganz anders kommen kann, als man  
jetzt zu erwarten geneigt ist, finden doch schon gelegentlich  
Aeußerungen und Diskussionen über die zu befolgende  
Wahltaktik statt. Nun sind solche Diskussionen notwendig,  
damit die Beschlüsse des kommenden Parteitages genügend  
vorbereitet werden und damit an die Stelle von Stim-  
mung und instruktivem Empfinden klare, bewußte Ueber-  
legung tritt. Aber dazu ist vor allem nötig, daß die  
Aeußerungen sich nicht auf allgemeine Redensarten und  
unklare Hinweise beschränken, wie es namentlich in ver-  
schiedenen Leitartikeln der „Neuen Zeit“ der Fall war.

Welche Möglichkeiten stehen für die Partei offen,  
zwischen denen es zu entscheiden gilt? Daß wir in der  
Hauptwahl überall selbständig mit eigenen Kandidaten  
auftreten, für die wir möglichst viel Stimmen zu gewinnen  
suchen, darüber besteht wohl fast vollständige Einigkeit in  
der Partei. Es handelt sich also allein um die Stich-  
wahlen. Andererseits herrscht in der Partei auch darüber  
Einigkeit, daß man bei Stichwahlen weder mit dem Ar-  
gument zu Hause bleiben kann, daß alle bürgerlichen Par-  
teien im gleichen Maße unsere Feinde sind und nur eine  
reaktionäre Masse bilden, noch daß man den Wählern  
überlassen kann, nach lokalen und persönlichen Verhältnissen  
selbst zu entscheiden. In den Stichwahlen muß man  
zwischen seinen Feinden unterscheiden und diejenigen, die  
als das kleinere Uebel erkannt werden, gegen die anderen  
unterstützen. Feinde sind sie alle, und nicht einmal in  
verschiedenem Grade; aber sie sind es in verschiedener  
Weise, und die Methode des einen, uns mit KonzeSSIONen  
und Schlauheiten zu bekämpfen, ist uns lieber, als die  
Methode des anderen, die Methode der gewalttätigen  
Unterdrückung. Das Merkmal, das bei der Trennung zu  
grunde gelegt wird, wird nach Zeit und Umständen ver-  
schieden sein müssen.

Natürlich ist dabei nicht an die augenblicklichen  
wechselnden parlamentarischen Konstellationen zu denken,  
wonach man die jeweilige bürgerliche Oppositionspartei  
zu unterstützen hätte; dieselben Zentrumsleute, die aus  
diesem Grunde 1907 als Opposition die sozialdemo-

kratischen Stimmen beanspruchen konnten, bildeten nachher den reaktionären schwarz-blauen Block, der jetzt als schlimmster Feind niederzuwerfen ist. Auf ein solches Stichwahlprinzip würde der Ausdruck der „Leipz. Volkszeitung“ vollkommen passen, daß unsere Partei nicht „im Eichhörnchentempo ihre Kampfstellung jedesmal den wandelnden Schattenspielen im Parlament anzupassen“ hat. Mit Unrecht sagte Mehring in der „Neuen Zeit“ dies auf, als solle gar kein Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien gemacht werden. Das Unterscheidungsmerkmal soll bloß nicht in den augenblicklichen parlamentarischen Parteiverhältnissen gefunden werden, sondern in allgemeinen politischen Hauptfragen. So kann in einigen Ländern und unter bestimmten Umständen die Stellung zum allgemeinen Wahlrecht ein entscheidendes Merkmal bilden — nur diejenigen Gegner unterstützen wir, die den Arbeitern das Wahlrecht geben wollen. In der deutschen Reichspolitik handelt es sich um eine andere Frage, nicht um das Geben neuer, sondern um das Nehmen alter Rechte. Der „reaktionäre“ Teil unserer Gegner möchte die politischen Rechte und die Bewegungsfreiheit des Proletariats verringern, und damit den Klassenkampf auf eine gewaltsame Spitze treiben, während der „liberale“ Teil das für zu gefährlich hält. Hier durften also die Bedingungen, die in Lindau-Zimmenstadt dem liberalen Kandidaten gestellt und die auch von Bebel in seiner Hamburger Rede erwähnt wurden, die zweckentsprechendsten sein.

Natürlich dürfen bei der Stichwahl keine Forderungen und Merkmale gestellt werden, die praktisch auf Enthaltung hinauslaufen — es sei denn, daß völlig ungewöhnliche Verhältnisse vorliegen — oder der Natur einer bürgerlichen Partei widersprechen. Der Beschluß von St. Gallen 1888, die Freisinnigen nicht mehr zu unterstützen, weil diese dem Kartell zu einer Mehrheit verholpen hatten, war in dieser Hinsicht nicht richtig; man kann es einer bürgerlichen Partei, auch wenn sie sich freisinnig nennt, nicht verübeln, daß sie sich durch Klasseninstinkt dazu bestimmen läßt, dem ihr näherstehenden bürgerlichen Klassen-genossen vor dem Sozialdemokraten den Vorzug zu geben. Zwar zeugte diese Haltung nicht von großer politischer Vernunft, aber unnatürlich war sie trotzdem nicht, denn nicht Sozialdemokratie und Freisinn gehören einerseits als fortschrittliche Parteien zusammen gegenüber den reaktionären Parteien, sondern die tiefste Kluft trennt die Sozialdemokratie von allen bürgerlichen Parteien.

Dagegen traf die Stichwahlparole des Wahlkomitees von 1890 das Richtige; und nicht bloß, weil dadurch das Kartell zu stürzen war, sondern sie wäre auch richtig gewesen, wenn dadurch bloß eine Schwächung des Kartells zu erzielen gewesen wäre. Die Stichwahltaktik muß sich nicht nach dem Ausfall der Hauptwahlen richten, sondern nach den allgemeinen politischen Verhältnissen, und daher braucht ihre Feststellung auch nicht bis nach den Hauptwahlen aufgeschoben zu werden.

Wäre nun mit dem Beispiel von 1890 die Haltung der Partei für die nächsten Stichwahlen fest bestimmt? Nein, denn es gibt noch zwei Möglichkeiten, zwischen denen zu entscheiden ist. Entweder, die Partei unterstützt überall die Freisinnigen und diejenigen Liberalen, die ihren Bedingungen genügen, ohne danach zu fragen, was diese Parteien selbst tun, ohne von ihnen einen Gegendienst zu fordern, einfach aus der Erwägung heraus, daß wir in unserem Interesse den schwarzblauen Block möglichst schwächen müssen. Das wäre in Uebereinstimmung mit der Stichwahltaktik von 1890. Aber sie kann auch anders auftreten. Sie kann auch ein Stichwahlbündnis mit den Freisinnigen schließen, ein Abkommen treffen, wonach beide Parteien sich gegenseitig in der Stichwahl unterstützen. Wir haben schon früher ausgeführt, weshalb aus praktischen und prinzipiellen Gründen die erste Methode den Vorzug verdient. Ein Stichwahlbündnis propagiert die Anschauung, daß die Politik ein Geschäft, die Wahltaktik ein Mandatschacher ist, wobei die Sozialdemokratie genau eine solche Partei ist wie andere Parteien: verhilfst du mir zu Mandaten, so verhandle ich dir zu Mandaten. Anstatt hervorzuheben, daß die Arbeiterklasse auch die Stichwahl für die Wahrung ihrer allgemeinen Interessen auszunutzen hat, wird eine möglichst große Mandatzahl als einziges Interesse bezeichnet. Wenn feststeht, daß unser Interesse erfordert, bei der Stichwahl möglichst viel Freisinnige durch unsere Stimmen in den Reichstag zu bringen, dann kann man nicht zugleich diese Stimmen als Tauschobjekt gegen freisinnige Stimmen bereit halten. Denn die Bündnistaktik bedeutet zugleich die Drohung: stimmst du nicht für meine Leute, so stimmen wir nicht für deine Leute — und damit schnitten wir uns dann selbst ins Fleisch. Denn schließlich hängt es nicht von uns allein ab, ob wir die Bündnistaktik anwenden wollen; für ein Abkommen sind zwei nötig; es ist von vornherein fraglich, ob freisinnige Liberale uns gegen die ihnen nahestehenden reaktionären Liberalen unterstützen wollen, und wenn die

Führer sich dazu aus politischen Rücksichten bereit erklären, werden die Wähler ihnen zweifellos nicht folgen.

Sei das nun alles, wie es will: die Hauptsache ist vorerst, daß Klarheit darüber besteht, daß man zwischen diesen taktischen Möglichkeiten als zwei durchaus verschiedenen Methoden zu wählen hat. Vergebens sucht man aber diese Klarheit in den Leitartikeln der „Neuen Zeit“. In Nr. 25 wird von einer „freisinnig-sozialdemokratischen Taktik“ als einer Möglichkeit geredet; das ist wohl kaum anders zu verstehen, als ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien, das durch einen Angriff Naumanns auf die Sozialdemokratie gefährdet werden könnte. Am Schluß des Artikels „Zur Gießener Wahl“, in Nr. 26, wird noch deutlicher von einem „Stichwahlbündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie“ geredet. Danach könnte es scheinen, daß Mehring unzweideutig für die zweite der oben angeführten Möglichkeiten eintritt. Aber in dem nächsten Heft heißt es, daß wir in 1911 oder 1912 genau so gegen den schwarz-blauen Block tun sollen, was wir im Jahre 1890 gegen das Kartell getan haben, und daß wir bei der Stichwahl die freisinnigen Kandidaten herauszupauken haben, auch gegen die allerbescheidensten Garantien. Das ist ganz was anders, als ein Stichwahlbündnis, daß ja auch in 1890 nicht abgeschlossen wurde. Die „Neue Zeit“ scheint von einem Unterschied der beiden taktischen Methoden, die wir oben anführten, nichts zu sehen; sie wirft sie zusammen, als seien sie dasselbe, und aus dieser Unklarheit konnte natürlich statt einer fruchtbaren Diskussion nur eine unfruchtbare Gestreite herauskommen. Daher wäre es höchst erwünscht, daß unser wissenschaftliches Organ in dieser Frage der Taktik bei den Wahlen klar und deutlich Stellung nimmt.

Umsomehr ist das erwünscht, weil seine Äußerungen, so unklar sie waren, doch eine Auffassung herausfühlen ließen, die es mit anderen führenden radikalen Organen in Widerspruch bringen mußten, während die revisionistische Presse begeistert zustimmte. An sich ist es nicht schlimm, vielmehr sehr natürlich, wenn in jeder neuen Situation und bei jeder neuen Frage zwischen denjenigen, die sich auf den Boden des Marxismus stellen, Meinungsverschiedenheiten auftauchen. Sollen diese aber durch Diskussionen zu einem klaren Austrag gebracht werden, so ist es allererst nötig, daß klar ausgesprochen wird, was man will. —